

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

[Erinnern an Auschwitz](#) 2

In eigener Sache

[LehrerInnen zu Besuch in der Vertretung der Europaregion in Brüssel](#) 4

Neues aus den Institutionen

Ausschuss der Regionen

- [Wie bekommt man die Menschen aus den Autos?
Konferenz über „Nachhaltige urbane Mobilität“ in Brüssel](#) 6

Europäische Kommission

- [Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2020:
Eine Union, die mehr erreichen will](#) 8
- [Humanitäre Hilfe der EU 2020](#) 10
- [Sichere 5G-Netze: Kommission billigt EU-Instrumentarium
und erläutert die nächsten Schritte](#) 10

Europäisches Parlament

- [Ein langer Weg:
Europäisches Parlament stimmt Brexit-Abkommen zu](#) 11
- [Parlament fordert konkrete Finanzierungsvorschläge
der Kommission für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen](#) 12
- [EU-Parlament will 1- und 2 Cent-Münzen abschaffen](#) 12

Sonstiges

- [Erasmus+:
Neue Erfahrungen für 10 Millionen junge EuropäerInnen](#) 13

Laufende Konsultationen 14

Tagesordnungen der Institutionen 15

Impressum 15

Gemeinsatme Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Erinnern an Auschwitz

Vor 75 Jahren, am 27. Jänner 1945, wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau von der Roten Armee befreit. Im Jahr 2005 wurde der Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust eingeführt. Das Jubiläum regte nicht nur zum Erinnern an, sondern bot auch Anlass über die heutige Zeit nachzudenken.

Das Gedenken am Jahrestag der Befreiung von Auschwitz ist ein Gedenken an die über sechs Millionen Opfer des Nationalsozialismus. Jüdinnen und Juden, Homosexuelle, Regime-GegnerInnen, Roma und Sinti, WiderstandskämpferInnen und viele Verfolgte mehr fielen der grausamen Vernichtungsmaschinerie des sogenannten „Dritten Reich“ zum Opfer. Hunderttausende wurden in den Gaskammern von Auschwitz ermordet. Der Holocaust ist Teil der europäischen Geschichte und der gemeinsamen Vergangenheit. Die Erinnerung an die schrecklichen Verbrechen sind wesentlicher Bestandteil der Europäischen Gemeinschaft. Denn in Folge des Holocausts und des Zweiten Weltkrieg beschlossen die Gründerväter der Europäischen Integration, dass nur durch überstaatliche und gemeinschaftliche Zusammenarbeit ein solches Verbrechen verhindert werden kann.

Doch viel zu oft wird das tragische Erbe vergessen. So zeigen neuste Studien, dass in Österreich über die Hälfte der befragten Personen nicht wissen, dass über sechs Millionen Menschen im Holocaust ermordet wurden. Auch der sogenannte „Opfermythos“, wonach Österreich erstes Opfer Nazi-Deutschlands war, bleibt in vielen österreichischen Köpfen verankert. Des weiteren haben die jüngsten Anschläge in Halle und Brüssel verdeutlichen, dass der Antisemitismus noch immer schreckliche Realität in Europa ist. Umso wichtiger ist das bewusste Erinnern und Gedenken im Sinne

des Leitspruches „Nie wieder!“. Die bedeutende Rolle des Erinnerns unterstrichen auch die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der Kommission Präsident des Europäischen Rates Charles Michel und der Präsident des Europäischen Parlaments David Sassoli in einer [gemeinsamen Erklärung](#):

„Der Holocaust war eine europäische Tragödie, ein Wendepunkt in unserer Geschichte. Sein Vermächtnis ist Teil der DNA der Europäischen Union. Die Erinnerung an die Schoa ist kein Selbstzweck. Vielmehr gehört dieses Gedenken zu den Eckpfeilern der Werte eines Europas, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt und durch Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte schützt.“

Die Europäische Union ist sich seiner Verantwortung bewusst. Die Arbeitsdefinition für Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance, eine wichtige gemeinsame Grundlage für die Identifizierung und Bekämpfung des Phänomens Antisemitismus in all seinen Formen, wurde bereits von 16 EU-Mitgliedstaaten übernommen.



Thema der Woche

Anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz und im Gedenken an die Opfer des Holocaust wurde zudem eine feierliche Sitzung zur Eröffnung der Plenartagung in Brüssel am 29. Jänner abgehalten. Anwesend waren neben Ursula von der Leyen und Charles Michel, auch Anita Lasker-Wallfisch, die Cellistin und Überlebenden des Mädchenorchesters von Auschwitz und Liliana Segre, italienische Senatorin auf Lebenszeit und Überlebende von Auschwitz. Neben mehreren

Ansprachen und einer musikalischen Umrahmung wurde in einer Schweigeminute den Opfern Gedacht. Beendet wurde die Gedenkveranstaltung mit einer Aufführung von "Kaddish" von Maurice Ravel durch das Karski-Quartett mit Naomi Couquet (Mezzosopran).

Mehr Informationen zur Gedenkveranstaltung im Parlament finden Sie [hier](#).

„Nationalsozialismus und Rassismus stellen keine Meinungsäußerung dar, sondern sind Verbrechen. Wann immer wir in Zeitungen von Gewaltakten, Angriffen oder rassistisch motivierten Beleidigungen lesen, müssen wir bedenken, dass sich diese Angriffe auch gegen jeden Einzelnen von uns richten. Es sind Angriffe auf Europa und die Werte, für die es steht.“

- Eröffnungsrede von Parlamentspräsident David Sassoli

Die Rolle der Zeitzeugen:

Eine wesentliche Rolle im kollektiven Erinnern und Bewusstwerden der Verbrechen der Nationalsozialisten spielen ZeitzeugInnen. Nicht zuletzt bei der Gedenkfeier im Europäischen Parlament waren mit Anita Lasker-Wallfisch und Liliana Segre Zeuginnen und Opfer des Holocaust anwesend. Doch die Generation derer, die die Schrecken des Nationalsozialismus selbst miterlebten, werden zukünftig die Erinnerung nicht mehr hochhalten können. Umso wichtiger ist es, auch zukünftigen Generationen die Möglichkeit zu geben, mithilfe von ZeitzeugInnen-Berichten über die Vergangenheit zu lernen. Dazu gibt es in ganz Europa Digitalisierungsprojekte. Interviews, Bildquellen und vieles mehr werden aufwendig digitalisiert und archiviert, damit auch die Menschen in Zukunft nie vergessen, welche Schrecken in Europa geschahen. Darüber hinaus sammeln Datenbanken biographische Informationen über die Opfer des Holocaust. Für Tirol gibt es dazu zum Beispiel die [Genealogiedatenbank des Jüdischen Museums Hohenems](#), in der Daten von Jüdinnen und Juden aus Vorarlberg, Tirol und Lichtenstein gespeichert werden.

Eva Pfanzelter, Professorin für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck, berichtet in einem [Interview mit der Tiroler Straßenzeitung 20er](#) ausführlich über die Chancen aber auch Risiken der Digitalisierung für das Erinnern an den Holocaust.



In eigener Sache

LehrerInnen zu Besuch in der Vertretung der Europaregion in Brüssel

Am Abend des 29. Jänners besuchte eine Gruppe von LehrerInnen aus Tirol, Südtirol und Trentino das Gemeinsame Verbindungsbüro der Europaregion in Brüssel, um sich mit den DirektorInnen sowie den beiden Abgeordneten zum Europäischen Parlament Barbara Thaler (Tirol) und Herbert Dorfmann (Südtirol und Trentino) auszutauschen.

Die Reise nach Brüssel wird von der Pädagogischen Hochschule Tirol bereits seit mehreren Jahren veranstaltet, um LehrerInnen die EU näherzubringen und greifbarer zu machen. Eine wichtige Erfahrung, fungieren doch die PädagogInnen als Multiplikatoren und können das Wissen aus erster Hand direkt an ihre SchülerInnen weitergeben. Nach mehreren Fahrten mit reiner Tiroler Beteiligung, war es nun endlich soweit, über die Euregio-Kooperation der drei Regionen auch LehrerInnen aus der autonomen Provinz Bozen und der Provinz Trentino einzubinden. Denn grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist nicht nur unter der jungen Bevölkerung wichtig, sondern auf allen Ebenen und vor allem für die Gemeinsame Vertretung der Europaregion in Brüssel. Als Leiterin der LehrerInnen-Gruppe fungierte die ehemalige EU-Abgeordnete Eva Lichtenberger.

Trotz der laufenden Plenartagung zum Thema europäische Verkehrsstrategie des Parlament nahmen sich die beiden Parlamentsabgeordneten Barbara Thaler und Herbert Dorfmann in ihrer Pause Zeit, in der gemeinsamen Vertretung vorbeizuschauen und ein wenig aus ihrem Arbeitsalltag zu erzählen. Beide Parlamentarier waren sich einig, dass sie sich keine schönere Aufgabe vorstellen könnten, als die Interessen der BürgerInnen ihrer Regionen hier in Brüssel zu

vertreten und auf Partikularitäten des alpenländischen Raums aufmerksam zu machen.

Barbara Thaler ist u.a. Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Tourismus und eine starke Fürsprecherin für den Ausbau des Schienenverkehrsnetzes. Ihr persönliches Langzeit-Herzensprojekt ist der Abbau der Hürden im europäischen grenzüberschreitenden Zugverkehr. Veraltete Rechtsvorschriften und fehlende Logistik behindern den raschen Ausbau des Zuges als echte Alternative zu Flugzeugen und LKWs. "Gut funktionierende Verkehrsnetze in Europa sind das zentrale Nervensystem unserer Wirtschaft und zur Sicherung unseres Wohlstands und unserer Arbeitsplätze unverzichtbar", sagt Thaler dazu.

Herbert Dorfmann sprach vor allem über seine Tätigkeiten im Landwirtschaftsausschuss. Er merkte mit Nachdruck an, wie wichtig es für gebirgige Gebiete wie der Europaregion Tiro-Südtirol-Trentino ist, in der EU eine eigene Stimme zu besitzen. Denn die Bewirtschaftung der steilen Hänge ist nicht vergleichbar mit jener von flachen Regionen und gehört daher besonders gefördert.

Bei der Abendveranstaltung blieb selbstverständlich auch Zeit, Fragen an die Abgeordneten zu stellen. Dies wurde von den LehrerInnen sehr gut



In eigener Sache

gut angenommen. Diskutiert wurde vor allem über die Brenner-Verkehrssituation und die andauernden Grenzkontrollen in Bayern.

Anschließend stellten die DirektorInnen die Aktivitäten und Wichtigkeit der Gemeinsamen Vertretung vor. Auch sie kamen darauf zurück, dass die verschiedenen Regionen Europas verschiedenen

geographischen Voraussetzungen unterliegen. Daher ist es enorm wichtig, den EntscheidungsträgerInnen, welche nicht jede Regionen bestens kennen können, die Ausgangssituationen darzulegen und die Interessen der Regionen und der BürgerInnen in Brüssel zu vertreten.



Die LehrerInnen-Gruppe aus Tirol-Südtirol und Trentino zu Besuch in der gemeinsamen Vertretung der Europaregion in Brüssel. Ehrengäste: die beiden Abgeordneten zum Europäischen Parlament Barbara Thaler und Herbert Dorfmann



Ausschuss der Regionen

Wie bekommt man die Menschen aus den Autos? Konferenz über „Nachhaltige urbane Mobilität“ in Brüssel

In einer gemeinsamen Konferenz der UITP und des Europäischen Ausschusses der Regionen am 23. Jänner 2020 wurde die Frage zur modernen Mobilität in Städten diskutiert. Gemeinsam mit über 160 internationalen TeilnehmerInnen wurden Erfahrungen ausgetauscht und Lösungsmodelle für den zukünftigen öffentlichen Verkehr und nachhaltige urbane Mobilität gesucht. Ziel der Konferenz war es, Möglichkeiten zu finden, die BürgerInnen der Union dazu zu bewegen, ihre Autos zu verlassen und nachhaltige Transportmöglichkeiten zu nutzen.

Zentrales Anliegen des Green-Deals der Europäischen Union ist die drastische Verringerung der Umweltverschmutzung. In Europa ist der Straßenverkehrssektor Hauptverantwortlicher der Verschmutzung und verursacht mehr als die Hälfte der gesamten europäischen NOx-Emissionen und mehr als ein Viertel der gesamten Treibhausgasemissionen. In Folge führt dies nicht nur zu irreversiblen Schäden an unserer natürlichen Umwelt, sondern hat auch nachhaltige Auswirkungen auf die Lebensqualität und die Gesundheit der BürgerInnen. 400.000 Menschen sterben in Europa jährlich vorzeitig auf Grund der Luftverschmutzung. Daher sind für den Europäischen Green Deal Maßnahmen in Bezug auf Emissionsreduzierung, Verringerung der städtischen Verkehrsüberlastung und Verbesserung der Möglichkeiten des öffentlichen Verkehrs von eminenter Bedeutung. Insgesamt soll die Verkehrsemission bis 2050 um 90 Prozent reduziert werden.

Auf der Konferenz der UITP und des Europäischen Ausschusses der Regionen wurden diverse Möglichkeiten diskutiert, nachhaltige Mobilität zu fördern. Themengebiete waren die Eindämmung der Autonutzung, modernes Angebots- und Nachfragemanagement, zukünftiges städtisches

Zur Info:

Die UITP (Internationaler Verband für öffentliches Verkehrswesen) ist der weltweite Verband für Träger des öffentlichen (Nah-)Verkehrs. Die über 1800 Mitgliedsorganisationen, die sich sowohl aus nationalen Verbänden als auch aus einzelnen Verkehrsgesellschaften zusammensetzen, stammen aus 100 verschiedenen Ländern. Unter anderem sind auch die Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GMBH Mitglied der Organisation mit Sitz in Brüssel. Ein zentrales Bestreben der UITP ist es, nachhaltige Mobilität zu schaffen und den CO2-Fußabdruck im öffentlichen Verkehr drastisch zu senken. Im Sinne dessen hatte der Verband bereits im Vorjahr einen offenen Brief an die Europäischen Kommission gerichtet, in dem er darlegte, welche Rolle der öffentliche Verkehr für ein klimaneutrales Europa spielen kann.

Mehr Infos zur UITP finden Sie auf deren [Website](#).



Ausschuss der Regionen

Mobilitätsbedürfnis, Tarifpolitik und Förderung von Verhaltensänderung der BürgerInnen. Auch die Ausweitung von Fußgängerzonen wurden erörtert. Zusätzlich diskutierte ein Expertengremium darüber, wie ein umweltfreundlicheres, kohlenstoffreies städtisches Verkehrssystem in Europa erreicht und die urbane Mobilität von morgen ermöglicht werden kann. VertreterInnen verschiedener Städte und Regionen teilten zudem ihre Erfahrungen und Ideen in Bezug auf der Suche nach einem Gleichgewicht zwischen dem notwendigen langfristigen Paradigmenwechsel und dem kurzfristigen Mobilitätsbedürfnis der BürgerInnen.

Auf der Konferenz wurden mehrere zentrale Punkte erarbeitet:

Es gibt ein Leben ohne das Auto. Zudem besteht ein Bedarf an weiterer EU-Unterstützung für eine nachhaltige städtische Mobilität und die Modernisierung des öffentlichen Verkehrs in den europäischen Ballungsräumen. Durch Beispiele, Anreize und Investitionen kann eine Verkehrsverlagerung vorgenommen werden, um mehr Menschen zu ermutigen, das Auto zu Hause zu lassen und die zahlreichen Mobilitätsmöglichkeiten in den Städten zu nutzen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Zahlreiche VertreterInnen verschiedener Verkehrsorganisationen nahmen an der Konferenz in Brüssel teil. Unter anderem auch Katharina Rehling als Vertreterin der Wiener Linien.



Europäische Kommission

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2020: Eine Union, die mehr erreichen will

Am 29. Jänner 2020 nahm die Europäische Kommission ihr Arbeitsprogramm für 2020 an. Im Programm enthalten sind ehrgeizige Maßnahmen zur Umsetzung der politischen Leitlinien der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

„Die neue Kommission wird entschieden handeln, um die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen und angemessene Lösungen für Klimawandel, Digitalisierung und Migration zu finden. Wir sind fest entschlossen, den europäischen Grünen Deal zu konkreten Ergebnissen zu führen und die Chancen, die der digitale Wandel den europäischen Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen bieten kann, zu verbessern. Dieses Arbeitsprogramm ist ein wichtiger Beitrag zu einer Union, die mehr erreichen will.“

- Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

Unter dem Motto „Eine Union, die mehr erreichen will“ wurde das Arbeitsprogramm 2020 vorgestellt. Ziel der Europäischen Kommission für 2020 ist die Ausarbeitung konkreter Initiativen, die auf den sechs übergreifenden Zielen der Präsidentin basieren. Diese sind:

Ein europäischer Grüner Deal: Im Zuge des im Dezember 2019 von der Kommission vorgelegten Europäischen „Green Deal“, der unter anderem die CO₂-Neutralität bis 2050 vorsieht, sollen 2020 erste konkrete Initiativen beginnen. Im Jänner 2020 wurden dazu bereits die [Finanzierung des Deals](#) vorgestellt.

Ein Europa für das digitale Zeitalter: Die neuer europäische Datenstrategie ermöglicht der Union nicht personenbezogene Daten umfangreicher zu nutzen. Zudem soll ein Gesetz über digitale Dienstleistungen den Binnenmarkt für digitale

Dienstleistungen stärken und kleineren Unternehmen zur nötigen Rechtssicherheit und zu gleichen Wettbewerbsbedingungen verhelfen.

Eine Wirtschaft im Dienste des Menschen: Bereits im Jänner 2020 hatte die Kommission erste Ideen für ein starkes soziales Europa vorgestellt. Nun sollen konkrete Maßnahmen zur Sicherung der europäischen soziale Marktwirtschaft in Zeiten des digitalen Wandel und des Klimawandels folgen. Darüber hinaus werden eine europäische Arbeitslosenrückversicherung sowie Initiativen für eine wirksame und gerechte Besteuerung vorgelegt werden. In Form der Europäischen Kindergarantie soll allen Kindern ein Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen gewährt werden.

Ein stärkeres Europa in der Welt: Für die Zusammenarbeit mit Afrika und den westlichen Balkanstaaten sollen neue Strategien entwickelt



Europäische Kommission

werden. Die Kommission drängt auch weiterhin auf Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien.

Förderung unserer europäischen Lebensweise: Die Kommission wird einen neuen Migrations- und Asylpakt vorlegen. Zudem will sie sich verstärkt für den Gesundheitsschutz der BürgerInnen einsetzen. Weitere Initiativen werden die Menschen fördern, mit dem digitalen und ökologischen Wandel umzugehen. Zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität wird ferner eine neue EU-Strategie für die Sicherheitsunion vorgelegt.

Neuer Schwung für die Demokratie in Europa: Im Mai 2020 wird eine Konferenz zur Zukunft Europas einberufen, in der BürgerInnen der Union zur aktiven Gestaltung zukünftiger EU-Maßnahmen

eingeladen werden. Darüber hinaus wird sich die Kommission auch 2020 für eine starke Rechtsstaatlichkeitskultur in der EU einsetzen und Auswirkungen der neuen demografischen Gegebenheiten in allen Bereichen untersuchen.

Das vorliegende Arbeitsprogramm der Kommission wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Parlament, den Ausschüssen und Mitgliedsstaaten erarbeitet. Nun sollen die drei Gremien der EU, Kommission, Parlament und Rat, über die Liste der gemeinsamen Prioritäten beraten und rasch Maßnahmen einleiten.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).



Europäische Kommission

Humanitäre Hilfe der EU 2020

Am 20. Jänner nahm die Europäische Kommission den ersten Mittelansatz für humanitäre Hilfe im Jahr 2020 in Höhe von 900 Millionen Euro an.

Weltweit ist die EU der wichtigste Geber von humanitärer Hilfe und unterstützt Menschen in mehr als 80 Ländern. Die Gelder gehen an Krisengebiete in Afrika, Asien und Lateinamerika. Unterstützte Länder sind unter anderem die Demokratische Republik Kongo, der Südsudan, Syrien, Bangladesch oder Venezuela. Die humanitäre Hilfe richtet sich an Flüchtlinge, Opfer von Hungerkatastrophen und Menschen in Kriegsgebieten. Durch die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandel werden zudem gefährdete Personen in katastrophenanfälligen Gebieten besser auf die unterschiedlichen

Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Waldbrände oder Wirbelstürme vorbereitet. Wichtiges Grundprinzip der humanitären Hilfe der EU: Sie ist stets unparteiisch und unabhängig. Die Hilfe wird bedarfsorientiert und im Einklang mit den humanitären Grundsätzen Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit geleistet und erfolgt ausschließlich über Partnerorganisationen. Zudem gelten strenge Vorschriften, die sicherstellen, dass die Mittel ordnungsgemäß ausgegeben werden.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Sichere 5G-Netze: Kommission billigt EU-Instrumentarium und erläutert die nächsten Schritte

Die Kommission billigt das gemeinsame Instrumentarium von Risikominderungsmaßnahmen, auf das sich die EU-Mitgliedstaaten geeinigt haben, mit dem Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit der Einführung von 5G, der fünften Generation von Mobilfunknetzen, begegnet werden soll.

Damit werden die Forderungen des Europäischen Rates nach einem abgestimmten Konzept für die Sicherheit von 5G und die anschließende Empfehlung der Kommission vom März 2019 umgesetzt. Die Mitgliedstaaten haben inzwischen die Risiken und Schwachstellen auf der nationalen Ebene ermittelt und eine gemeinsame EU-weite Risikobewertung veröffentlicht. Durch das Instrumentarium verpflichten sich die Mitgliedstaaten, gemeinsam auf der Grundlage einer objektiven Bewertung der festgestellten Risiken und angemessener Risikominderungsmaßnahmen zu handeln. Mit der verabschiedeten Mitteilung leitet die Kommission entsprechende Maßnahmen in ihrem

Zuständigkeitsbereich ein und ruft dazu auf, die wichtigsten Maßnahmen bis zum 30. April 2020 auf den Weg zu bringen. Die sichere Einführung von 5G ist zwar weitgehend Sache der Marktteilnehmer, und für die nationale Sicherheit sind die Mitgliedstaaten zuständig, aber die Sicherheit von 5G-Netzen ist eine strategische Frage für den gesamten Binnenmarkt und die technologische Unabhängigkeit der EU. Ohne eine eng abgestimmte Umsetzung des Instrumentariums kann nicht sichergestellt werden, dass Unternehmen und Bürger in der EU das Potenzial der neuen Technologie in aller Sicherheit ausschöpfen können.



Europäisches Parlament

Ein langer Weg: Europäisches Parlament stimmt Brexit-Abkommen zu

Nach dem positiven Brexit-Referendum im Juni 2016 und jahrelangen schwierigen Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, wurde nun am Mittwoch, 29.01.2020, drei Tage vor Auslaufen der finalen Deadline, das Abkommen, von den EU-Abgeordneten im Plenum in Brüssel verabschiedet.

Im sehr emotionalen Brexit-Finale war alles vertreten, was in der EU Rang und Namen hat: Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der EU-Brexit-Chefverhandler Michel Barnier und die kroatische Staatssekretärin für Europaangelegenheiten, Nikolina Brnjac, als Repräsentantin der kroatischen Ratspräsidentschaft, zogen in einer gemeinsamen Debatte Bilanz über das Votum sowie den Austrittsprozess.

Natürlich kamen auch die ParlamentarierInnen zu Wort und betonten dabei vor allem die historische Bedeutung und dass der Brexit sicher nicht das Ende der Beziehungen zwischen der EU und dem UK sein wird. Laut ihnen ist die Bande, welche die

europäischen Völker verbindet, stärker, als dass der Brexit sie zerreißen könnte. Sie erwähnten auch, dass aus dem Brexit Lehren gezogen werden müssen, die die Zukunft der EU prägen sollten und dankten dem Vereinigten Königreich und seinen Abgeordneten für ihren während der gesamten britischen Mitgliedschaft geleisteten Beitrag.

Auch einige besorgte Worte waren zu vernehmen: Die Verhandlung über die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, für welche zirka ein Jahr eingeplant sind, könnten sehr schwierig werden und durchaus mehr Zeit als geplant beanspruchen. Grund dafür ist vor allem der sehr straffe Zeitplan.





Europäisches Parlament

Parlament fordert konkrete Finanzierungsvorschläge der Kommission für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen

Laut Europäischen Parlament muss die Kommission klären, wie sie die neuen Politikvorschläge im Rahmen des langfristigen Haushalts 2021-2027 finanzieren will.

Der Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments debattierte am 22. Jänner mit EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn über den nächsten langfristigen Haushalt, auch bekannt als mehrjähriger Finanzrahmen (MFR). Die Mitglieder des Verhandlungsteams des Parlaments äußerten die Besorgnis, dass der Vorschlag der Kommission, wie die EU ihr Geld in den kommenden sieben Jahren einsetzen will, nicht mehr aufgehen wird. Vor allem meint das Parlament damit, dass aufgrund des Green New Deals und seinen Konsequenzen die Zahlen erneuert werden müssen. Kommissar Hahn stellte eine Änderung des Haushaltsvorschlags nicht in Aussicht, räumte jedoch ein, dass die für den „Fonds für den gerechten Übergang“ vorgesehenen 7,5 Milliarden Euro "hinzukommen" und als "frisches Geld" angesehen werden sollten.

Auch der Haushaltsvorschlag des Parlaments liegt bereits seit längerer Zeit vor. Das Parlament fordert

für den Zeitraum nach 2020 einen Investitionshaushalt, der den Verpflichtungen und politischen Ambitionen der EU für die Zukunft, beispielsweise in der Forschung oder beim Klimaschutz, gerecht werden kann. Gleichzeitig solle aber eine Kontinuität bei den wichtigsten Politikbereichen, wie der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Unterstützung ärmerer Regionen, gesichert werden.

Der Vorschlag des Parlaments sieht eine Reform der Einnahmenseite vor, um die Union mit mehr Eigenmittelquellen auszustatten. Dazu würden neue Körperschaftssteuerregeln (einschließlich einer Besteuerung von Großunternehmen im Digitalsektor), Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem (EU-ETS) und eine Plastiksteuer zählen. Ziel ist, die Ressourcen auf EU-Ebene zu bündeln, um den Erwartungen der Bürger nachzukommen.

EU-Parlament will 1- und 2 Cent-Münzen abschaffen

Das EU-Parlament setzt sich nun für Änderungen bei der Stückelung des Euro ein. 1- und 2-Cent Münzen sollen abgeschafft und die 1- und 2-Euro Münzen durch Scheine ersetzt werden.

Dieses Gesetzesvorhaben wurde am 28. Jänner 2020 im EU-Parlament verabschiedet. Die Europäische Zentralbank soll nun Kosten und Akzeptanz für die neuen Scheine prüfen, wobei man davon ausgeht, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung für ein solches Vorgehen ausspricht. Die EU-Kommission

wird zusätzlich eine Folgenabschätzung über die Aufgabe von 1- und 2-Cent-Münzen durchführen. Die Abschaffung könne zu Kostensenkungen bei der Münzproduktion und zu mehr Effizienz führen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Sonstiges

Erasmus+: Neue Erfahrungen für 10 Millionen junge EuropäerInnen

Aus dem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht 2018 von Erasmus+ geht hervor, dass seit 1987 mehr als 10 Millionen Menschen an Erasmus+ und seinen Vorläuferprogrammen teilgenommen haben. Zeit sich das Programm näher anzusehen:

2018 war ein erneutes Rekordjahr: Mit einer Mittelaufstockung von 10 Prozent gegenüber dem Jahr 2017 wurde ein Budget von 2,8 Mrd. Euro für Erasmus+ zur Verfügung gestellt. Damit wurden 23.500 Projekte bezuschusst und mehr als 850.000 Studierende, Auszubildende, Lehrkräfte, Jugendliche und JugendbetreuerInnen usw. konnten einmalige Auslandserfahrungen sammeln. Die TeilnehmerInnen kamen aus allen 28 Mitgliedsstaaten der EU, sowie aus Island, Liechtenstein, Norwegen, Nordmakedonien und der Türkei. Auch der Sport wurde durch Erasmus+ gefördert: Neben 199 Sportprojekten wurde auch die jährlich stattfindende Europäische Woche des Sports ermöglicht, die mit mehr als 50.000 Veranstaltungen in ganz Europa einen beispiellosen Erfolg verzeichnete. Darüber hinaus gab es Erasmus+ Projekte im Bereich Kultur und Bildung. Auch in Österreich konnten im Jahr 2018 19.378 TeilnehmerInnen und 488 Projekte mit insgesamt 33 Millionen Euro bezuschusst werden. Die heimischen Betriebe profitieren zudem enorm von MitarbeiterInnen mit internationaler Erfahrung und

Auslandskontakten. EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend Mariya Gabriel ist ebenfalls begeistert von den Vorzügen des Programmes: „Erasmus+ hat für unsere jüngeren Generationen das Tor nach Europa und zur ganzen Welt geöffnet. Dieses Programm ist ein besonders greifbarer Erfolg der EU: Es bringt Menschen auf dem gesamten Kontinent zusammen, vermittelt ein Gefühl von Zugehörigkeit und Solidarität, verbessert die Qualifikationen und damit die Beschäftigungsaussichten der Teilnehmenden.“ Insgesamt ist das derzeitige Erasmus+ Programm 2014 bis 2020 mit 14,7 Mrd. Euro ausgestattet und soll 3,7 Prozent der jungen Europäerinnen ermöglichen, eine Ausbildung, ein Praktikum oder eine Freiwilligentätigkeit im Ausland zu absolvieren. Für den nächsten Zeitraum, 2021 bis 2027, ist vorgesehen, dass Budget auf 30 Mrd. Euro zu verdoppeln. Dadurch bekommen noch mehr junge EuropäerInnen die Möglichkeit neue Erfahrungen zu machen und die Vielfalt Europas kennenzulernen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Was ist Erasmus+:

Erasmus+ ist das EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport in Europa. Das Programm richtet sich sowohl an Einzelpersonen als auch an Organisationen. Gefördert werden nicht nur Studierende, sondern auch Jugendliche, Lehrpersonen und Auszubildende. Durch Erasmus+ werden Auslandsaufenthalte, Praktika, Jugendaustausche und vieles mehr ermöglicht.

Mehr Informationen über das Programm Erasmus+ und Möglichkeiten zur Teilnahme finden Sie [hier](#).



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Finanzdienstleistungen - Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe \(neue Regeln\)](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen

19. Dezember 2019 - 19. März 2020

[Finanzdienstleistungen - EU-Rechtsrahmen für Kryptoaktiva](#)

Bank- und Finanzdienstleistung

19. Dezember 2019 - 19. März 2020

[Schädliche Chemikalien - endokrine Disruptoren, Überprüfung der EU-Vorschriften](#)

Umwelt, öffentliches Gesundheitswesen

16. Dezember 2019 - 9. März 2020

[Ursprungskennzeichnung für Fleisch - Bewertung](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

9. Dezember 2019 - 2. März 2020

[Unterstützung aus dem Europäischen Sozialfonds für allgemeine und berufliche Bildung - Bewertung](#)

Allgemeine und berufliche Bildung

18. November - 24. Februar 2020

[EU-Drogenstrategie 2013-2020 - Bewertung](#)

Inneres

12. November 2019 - 4. Februar 2020

[Kennzeichnung von Duftstoffallergenen](#)

Binnenmarkt

12. November 2019 - 4. Februar 2020

[Luftfahrt - Meldung sicherheitsrelevanter Vorfälle \(Bewertung der EU-Vorschriften\)](#)

Verkehr

7. November 2019 - 30. Jänner 2020

[EU-Wettbewerbsregeln für horizontale Vereinbarungen zwischen Unternehmen - Bewertung](#)

Wettbewerb

6. November 2019 - 12. Februar 2020

[EU-Lebensmittelqualitätsregelungen - Bewertung](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

4. November 2019 - 27. Jänner 2020

[EU-Schienengüterverkehrsnetz - Bewertung \(2010-19\)](#)

Verkehr

4. November 2019 - 3. Februar 2020



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Simon Lochmann

Sandra Gintsberger, BA

Konrad Pölzl, BA

Abbildungsverzeichnis

S. 5

Fotocredit Konrad Pölzl

S. 7

[https://](https://live.staticflickr.com/65535/49428853658_01e8b75b)

live.staticflickr.com/65535/49428853658_01e8b75b

[b7_h.jpg](https://live.staticflickr.com/65535/49428853658_01e8b75b)

S. 11

[https://www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20200129PHT71320/20200129PHT71320_](https://www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20200129PHT71320/20200129PHT71320_original.jpg)

[iginal.jpg](https://www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20200129PHT71320/20200129PHT71320_original.jpg)